

FAQ Anschlussunterbringung Kremser Straße

Warum wurden die Schulen, Eltern nicht vor der Entscheidung beteiligt?

- Die Verwaltung hat zur Lösung einer Notlage einen Vorschlag erarbeitet; dieser wurde dann dem Gemeinderat im September und Oktober 2019 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Der Gemeinderat hat das Erstinformationsrecht.
- Die Beteiligung der Bürgerschaft an wichtigen Entscheidungen für die Stadt ist uns ein großes Anliegen. Eine Vorauswahl von möglichen Grundstücken für eine zeitlich befristete Maßnahme, die unter Zeitdruck umgesetzt werden muss, ist jedoch ausgeschlossen. So entstünden Initiativen, die gegeneinander arbeiteten. Dies kann nicht Ziel von Beteiligung sein. Den Mitgliedern des Gemeinderats wurden daher die möglichen Grundstücke sowie die Rahmenbedingungen und Bewertungen im September dargestellt. Auch in der Diskussion mit dem Gremium ergab sich keine bessere Lösung für einen anderen Standort.
- Nach der Entscheidung durch den Gemeinderat umfangreich zu informieren, Anliegen aufzunehmen und für das Gespräch zur Verfügung zu stehen, ist die Pflicht der Stadt. Diese nehmen wir sehr ernst.

Warum dieser Standort? Welche Kriterien wurden hier zugrunde gelegt?

- **Folgende Kriterien wurden bei der Suche zugrunde gelegt:**
 - Lage im Ortsgebiet
 - Grundstück schnell verfügbar (keine andere Nutzung auf dem Grundstück, im städtischen Besitz)
 - Erschließung vorhanden
 - Größe des Grundstücks (Lage, Gefälle)
 - Bauvorhaben zeitnah realisierbar (Containeranlage)
 - Baurechtliche Genehmigungsfähigkeit (z.B. Lärmschutz, keine artenschutzrechtlichen Einschränkungen)
- **Warum nicht Warmbronn/ Leonberg oder Verlängerung Holzgerlingen?**
 - Personen werden der Stadt Böblingen zugewiesen, hier gibt es einen Verteilschlüssel; Leonberg hat eigene Personen unterzubringen.
 - Die Unterkunft in Holzgerlingen hat die Stadt Böblingen mit Einverständnis der Stadt Holzgerlingen bis 31. Dezember 2019 vom Landkreis angemietet. Eine Verlängerung des Mietvertrages ist nicht möglich.
- **Warum nicht Industriegebiet Hulb als möglicher Standort?**
 - Kein städtisches Grundstück verfügbar, das erschlossen ist.
 - Und Flüchtlingsunterkünfte genießen den gleichen Schutzanspruch in puncto Lärm.

Warum werden in der Anschlussunterbringung in der Kremser Straße nur Männer untergebracht?

- Bewohner werden überwiegend aus der Unterkunft in Holzgerlingen kommen (siehe oben).
- Es handelt sich ausschließlich um männliche Bewohner.
- Max. 44 Personen können im Containerbau untergebracht werden.
- Wegen der Gebäudestruktur (gemeinschaftliche Sanitäreinrichtung auf den Etagen) ist nur eine eingeschlechtliche Belegung möglich. Es gibt prozentual mehr männliche Zuweisungen. Deshalb werden am Standort männliche Bewohner untergebracht und ist eine Mischung mit Familien leider ausgeschlossen.
- Die Stadt Holzgerlingen hatte darum gebeten, dass dort keine Familien untergebracht werden (notwendige Kita- und Schulplätze). Deshalb wurden dort nur Männer untergebracht.

- Ein Großteil dieser männlichen Bewohner zieht von Holzgerlingen nach Böblingen um.
- Die Stadt hat nur sehr begrenzt Einfluss auf den Personenkreis, der vom Landkreis zugewiesen wird.

Gibt es mehr Informationen zum Hintergrund der zukünftigen Bewohner in der Kremser Straße (aktuell Holzgerlingen)?

- Die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten hat derzeit einen Schutzstatus und wird länger/dauerhaft in Deutschland bleiben.
- Die Bewohner in Holzgerlingen (52 Personen Mitte Oktober 2019) werden bereits seit Sommer 2018 durch die Stadt Böblingen betreut (Heimleitung, Sozialbetreuung, Integrationsmanagement usw.).
- Altersstruktur
 - 2 Personen über 60 Jahre
 - 2 Personen zwischen 41 und 60 Jahren
 - 16 Personen zwischen 31 und 40 Jahren
 - 30 Personen zwischen 20 und 30 Jahren
 - 2 Personen unter 20 Jahren
- Herkunftsländer
 - Afghanistan: 11 Personen
 - Eritrea: 10 Personen
 - Somalia: 8 Personen
 - Irak: 6 Personen
 - Gambia: 5 Personen
 - Syrien: 4 Personen
 - Togo: 3 Personen
 - Je 1 Person: Türkei, Guinea, Iran, staatenlos, unbekannt
- Erwerbstätigkeit / Beschäftigung
 - Vollzeit erwerbstätig: 21 Personen
 - Teilzeit erwerbstätig / Sprachkurs: 12 Personen
 - Arbeitsuchend: 8 Personen
 - Ausbildung: 1 Person
 - Unbekannt / Schule / Übergangsphase: 10 Personen

Warum braucht die Stadt Böblingen weitere Unterkünfte, wenn die Flüchtlingszahlen doch rückläufig sind?

- Es sind für neue Zuweisungen weitere Wohnkapazitäten notwendig!
- Zugang/Asyl-Erstanträge beim Bund sind seit längerem zwar rückläufig, das wirkt sich aber bei uns als Stadt überhaupt nicht entsprechend aus!
- In vielen Konfliktregionen, aus denen die Menschen zu uns kamen und kommen, hat sich die Situation nicht verbessert. Eine Rückkehr erscheint in absehbarer Zeit unwahrscheinlich. Aus diesem Grund braucht es Wohnlösungen für diese Einwohner/-innen. Und das in einer Zeit, in der der Wohnungsmarkt auch für Menschen mit normalen Einkommen und ohne Fluchthintergrund mehr als angespannt ist.
- Zuerst erfolgt die Unterbringung in **staatlichen Unterkünften**: Bund, dann Land Baden-Württemberg in einer sog. **Erstaufnahmeeinrichtung**.
- Dann in **Gemeinschaftsunterkünften (GU) der Landkreise**.
- Wenn über den Antrag entschieden wurde, oder spätestens nach 24 Monaten in einer GU folgt automatisch die **kommunale „Anschlussunterbringung“ (AU)**.
- Die ist rechtlich zu vergleichen mit unserer kommunalen Verpflichtung zur Obdachlosenunterbringung. Das bedeutet, in der AU haben wir keine „Mieter“, sondern Menschen, die mangels eigenem Wohnraum von uns in die Unterkünfte eingewiesen werden.

- Und zwar für unbegrenzte Zeit bzw. bis zu dem Tag, an dem diese Menschen einen eigenen Mietvertrag unterzeichnen.

Warum eine Containerlösung trotz negativer Erfahrungen mit dieser Unterbringungsform?

- Schnelligkeit und zeitliche Befristung, zudem günstige Gelegenheit des Erwerbs.
- Die Containeranlage wird mit 2 Geschossen ausgeführt; max. Belegung 44 Personen

Warum entstand die plötzliche Dringlichkeit der Containeranlage?

- Verschiebung der Baumaßnahme in Dagersheim und die Konsequenz dessen erst im Sommer klar.

Warum kann eine Unterbringung nicht in Wohnungen der BBG erfolgen?

- Diese Möglichkeiten werden genutzt, sie reichen aber bei weitem nicht aus
- Wenn wir alle Geflüchteten in geförderte Wohnungen der BBG unterbringen würden, dann hätte niemand anders mehr die Chance auf eine Wohnung der BBG.
- Die BBG hat insgesamt ca. 400 geförderte Wohnungen.

Wie lange werden die Container in der Kremser Straße stehen?

Ist das wirklich nur eine Interimslösung?

- Ja, die Container sind eine Zwischenlösung für max. drei Jahre.
- Die Frist beginnt mit der Bezugsfertigkeit Ende Dezember 2019/ Anfang Januar 2020.
- Die Verwaltung wird dem Gemeinderat bis Sommer 2020 ein Programm zur Beschlussfassung vorlegen, mit dem dann die schwierigen Unterbringungssituationen nach und nach aufgelöst werden sollen.
- Wir müssen zusätzlichen Wohnraum in der Stadt realisieren, auf den die Verwaltung bei der Vergabe ebenfalls zugreifen kann.

Wird in Dagersheim gebaut? Werden die Männer nach Dagersheim verlegt, wenn dort im Gebiet Mönchacker eine Unterkunft errichtet wird?

- Der Standort Dagersheim Mönchacker wird ebenfalls benötigt und als befristete Unterbringung weiterverfolgt. Hier gab es Verzögerungen.
- Nein, es erfolgt keine Verlegung nach Dagersheim.

Was tut die Stadt in Bezug auf die Sicherheit?

- **Wie sieht das Sicherheitskonzept aus?**
 - In der Einrichtung wird eine Heimleitung mit vor Ort sein (regulär 8-16 Uhr Mo-Fr), diese wird ergänzt durch Sozialbetreuung, Integrationsmanagement und Sicherheitsdienst.
- **Wird der Sicherheitsdienst 24h mit ausreichend Personal vor Ort sein?**
 - Der Sicherheitsdienst wird das städtische Personal ergänzen; beim Start der Einrichtung planen wir mit einer starken Präsenz nachts und am Wochenende; generell passen wir den Einsatz von Sicherheitsdiensten dann nach Bedarf an.
- **Gibt es eine Risikobewertung der Stadt Böblingen zur veränderten Sicherheitslage durch eine Flüchtlingsunterkunft am geplanten Standort?**
 - Erfahrungen im Bereich anderer Schulen in BB (Murkenbach Schulzentrum, Mildred-Scheel-Schule, Kaufmännisches Schulzentrum) waren unauffällig.

- Die Stadt geht nicht von einem erhöhten Risiko aus – in Holzgerlingen, wo derzeit z.B. mehr Bewohner sind als an der Kremser Straße sein werden, haben wir derzeit mangels Notwendigkeit keinen Sicherheitsdienst.
- Zum Thema Straffälligkeiten hat die Stadt keinen Zugang zu Informationen dieser Art.
- 100%-tige Sicherheit gewährleisten kann niemand.
- **Sehen Sie durch das Vorhaben gegenüber dem bisherigen Status ein höheres Risiko von Übergriffen oder Belästigungen unserer Kinder?**
 - Wir gehen nicht von einem erhöhten Risiko aus – in Holzgerlingen, wo derzeit z.B. mehr Bewohner sind als an der Kremser Straße sein werden, haben wir derzeit mangels Notwendigkeit keinen Sicherheitsdienst.
- **Forderung: Sicherheit gewährleisten; Sicherheitsempfinden erhöhen**
 - Die Polizei ist aktuell ohnehin schon zweimal wöchentlich in Zivil auf dem Schulgelände unterwegs.
 - Obdachverwaltung und Polizei sind regelmäßig im Kontakt, das ist Standard!

Werden die Schulen in das Sicherheitskonzept eingebunden?

Wie sieht es mit der Präsenz eines Sicherheitsdienstes auf dem Schulgelände tagsüber aus (Erhöhung Sicherheitsempfinden, Abschreckung)?

- Das Amt für Soziales wird auf Wunsch der Anwesenden bei der schulischen Infoveranstaltung noch im Dezember 2019 (vor dem Bezug der Unterkunft) zu einem Treffen an der Schule mit Elternvertreter/-innen, SMV, Schulleitung, Lehrervertretung einladen, um Anliegen in Bezug auf Sicherheit auf dem Schulgelände auszutauschen und aufzunehmen.
- Es wird eine Kontaktliste mit Ansprechpartner/-innen für Eltern erstellt.
- Heimleitung und Sozialbetreuer/-innen werden Hauptamtlichen an der Schule vorgestellt (Schulleitung, Lehrer, Schulsozialarbeit).
- Die Polizei bietet grundsätzlich Präventionstrainings an allen Schulen an. Das Gelernte muss vom Elternhaus aber mitunterstützt werden.
- Die Stadtverwaltung hat bei der schulischen Informationsveranstaltung angeboten, bei Bedarf auch zusätzliche Präventionstrainings extern einzukaufen. Rückmeldungen zum Bedarf von den Schulen sind notwendig. Anliegen hierzu werden beim Austauschtermin im Dezember 2019 ebenfalls mitaufgenommen.
- Wenn sich Kinder unsicher fühlen, ist die Schule jederzeit ansprechbar.

Straffällige Personen? Integrationsunwillige Personen?

- Hierzu ist keine Auskunft möglich; die Stadt hat keinen Zugang zu Informationen dieser Art.
- Die überwiegende Mehrheit ist bestrebt, sich gut zu integrieren; generell gibt es auch manchmal Personen, um die wir uns im Rahmen der Sozialbetreuung und des Integrationsmanagements intensiver bemühen müssen.

Befürchtung: Aufenthalt von Flüchtlingen in der Kletterlandschaft auf dem Gelände

- Der Zutritt des Schulgeländes ist für Unbefugte nicht gestattet; dies wird nach Rückmeldungen z.B. aus dem Stadtteilarbeitskreis bislang jedoch nicht geahndet.
- Aktuell gibt es in der Praxis eine öffentliche Nutzung des Schulgeländes (z.B. erwachsene Bürger/-innen nutzen das Schulgelände als Durchgang, Kinder nutzen das Gelände außerhalb der Schulzeit). Soll dies weiterhin so gehandhabt werden? Wie wollen es die Schulen? Wer verweist vom Schulgelände, um eine strikte Regelung durchzusetzen? Diese Fragen müssen mit den Schulen besprochen werden.

- Wenn es Verbote gibt, dann müssen sie für alle gelten, die derzeit den Schulhof zum Aufenthalt oder als Weg nutzen.
- Im Außenbereich der Unterkunft wird ein Aufenthaltsbereich mit Grillstelle für die Bewohner ausgeführt.
- Von Seiten der Betreuer wird von Anfang an thematisiert werden, dass der Aufenthalt auf dem Schulgelände nicht gestattet ist.

Dämmerung/ Dunkelheit zum Schulende bzw. während Trainingszeiten in der Hermann-Reiser-Halle / Beleuchtungssituation

- Schulhofbeleuchtung ausreichend? – Situation muss angeschaut und geprüft werden!
- Die Stadt wird aktiv auf die Vereine zugehen und diese auch zur nächsten Infoveranstaltung einladen.
- Im Stadtteilarbeitskreis Grund 2018 war das Thema Sicherheitsgefühl im Stadtteil ebenfalls ein großes Thema. Es fand ein Austausch mit Vertreter/-innen der Stadtverwaltung und der Polizei statt. Büsche, Bäume wurden beschnitten, Beleuchtungssituationen verbessert. Konkret: 1 zusätzlicher Lichtmast auf dem Schul-Parkplatz Kremser Straße wurde installiert, Gehwegleuchten wurden ausgetauscht (hellere LEDs), der Bereich Haltestelle Danzigerstraße und Unterführung wurden im Zuge der Sanierung Schönbuchbahn neugestaltet, in der Unterführung an den Schulen wurde die Leuchten ebenfalls getauscht (LED).
- Kritische Punkte sollten von den Schulen möglichst konkret benannt werden.

Wie werden die Männer betreut?

- Nutzer/-innen von städtischen Gemeinschaftsunterkünften (GU) haben jeweils zuständige Ansprechpartner in der **Sozialbetreuung**.
- Nutzer/-innen mit Fluchthintergrund haben zudem Ansprechpartner durch das sogenannte **Integrationsmanagement**.
- In der GU an der Kremser Straße wird es zudem einen **Heimleiter** geben.
- Die Stadt beschäftigt zudem einen **Sicherheitsdienst**; dieser ist in Ergänzung zu den städtischen Beschäftigten abends und am Wochenende tätig.
- Bis heute wurden in BB über 800 Personen gut begleitet, die Stadt investiert viel in Personal, Sicherheit und stärkt das Ehrenamt.
- Die Geflüchteten können auch ehrenamtliche Unterstützungsangebote des Freundeskreises Flüchtlingshilfe nutzen, mit dem die Stadt BB eng zusammenarbeitet.

Auf welcher Plattform können Eltern, Schulen Rückmeldungen geben?

- Grundsätzlich stehen hier mehrere Wege offen: Wenn thematisch zuordenbar, dann gleich zu den zuständigen Fachämtern (z.B. Beleuchtung, Grünschnitt). Wenn Zuordnung nicht klar, dann auch generell über die städtische Bürgerreferentin Heike Wirtz, buengerreferat@boeblingen.de, Tel. 669-1257.
- Allgemeine Informationen: Judith Schall, Sachgebietsleitung Obdach- und Flüchtlingsunterbringung. J.schall@boeblingen.de, Tel 07031 669-2473
- Sobald der Bezug der Unterkunft erfolgt ist, werden die Nummern des Heimleiters an die Schulen weitergegeben.
- Der Kontakt zu Sozialbetreuer/-innen kann zunächst über Frau Schall erfolgen (siehe oben).

Ist der Schulhausneubau von der Maßnahme betroffen?

- Die Stadtverwaltung erkennt keine künftigen Auswirkungen!

Warum wurde im Juli auf dem gleichen Grundstück gegraben? Es schien, als ob die Arbeiten zu dem Zeitpunkt schon angefangen hätten.

- Die Stadtwerke haben im Gebiet Fernwärmeleitungen verlegt. Die Fläche wurde als Baustelleneinrichtung genutzt.

Gibt es Erfahrungen mit Einrichtungen, in denen ausschließlich Männer untergebracht sind?

- (Antwort Hr. Schüler, Polizei): In Ditzingen gibt es eine vergleichbare Situation; Bedenken haben sich dort nicht bestätigt.

An wen kann sich die Schulleitung mit Anliegen wenden?

- Heimleitung, Polizei und weitere Ansprechpersonen (siehe oben).